

Vorsitzenden des
Innen- und Rechtsausschusses
Herrn Jan Kürschner, MdL

über den Ausschussgeschäftsführer
Herrn Dr. Galka

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5188

03.09.2025

**Anmeldung eines Tagesordnungspunktes zur Sitzung des Innen- und
Rechtsausschusses am 10.09.2025**

Sehr geehrter Herr Kürschner,

für die nächste Sitzung des Innen und Rechtsausschusses am 10.09.2025 bitte ich den
folgenden Beratungspunkt auf die Tagesordnung zu nehmen:

**„Bericht der Landesregierung zum Offenen Brief der Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Schleswig - Holstein Regionalgruppe Justizvollzug „System kurz vor dem
Kollaps –Bedienstete am Ende: Unser Hilferuf aus der JVA Neumünster“ “**

Zu diesem Thema bitte ich um entsprechende Berichterstattung der Landesregierung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Marc Timmer, MdL



Offener Brief

„System kurz vor dem Kollaps –Bedienstete am Ende: Unser Hilferuf aus der JVA Neumünster“

Sehr geehrte Frau Ministerin von der Decken,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtages,
an die interessierte Öffentlichkeit,

die aktuelle Berichterstattung über die Zustände in der JVA Neumünster beschreibt eine angespannte Lage. Doch was geschildert wird, ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Wahrheit lautet: **Die medizinische Versorgung in der JVA Neumünster steht kurz vor dem Kollaps.**

Personalnot: Von zwölf Planstellen bleiben fünf

Von ursprünglich zwölf vorgesehenen Stellen im medizinischen Bereich sind aktuell nur fünf besetzt – und darunter befinden sich Stellen, die teilweise **ohne ausreichende medizinische Qualifikation** geführt werden.

Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten seit Monaten am absoluten Limit:

- Arbeitsbedingungen machen krank.
- Fachkräfte sind bereits abgewandert.
- Wer bleibt, stemmt Überlastung mit aller Kraft – bis an die Grenze der eigenen Gesundheit.

„Auch der motivierteste Mitarbeiter stößt irgendwann an seine Grenzen. Und unsere Kolleginnen und Kollegen sind längst darüber hinaus.“

Ärztliche Versorgung: Teure Notlösungen statt nachhaltiger Stellen

Seit Jahren ist es nicht gelungen, die ärztlichen Vakanzen zu besetzen – obwohl Ärzte bereit waren, dauerhaft Verantwortung zu übernehmen und dafür sogar ihre bisherigen Arbeitsstellen aufzugeben. **Einziger Knackpunkt: eine marktgerechte Vergütung.** Diese wurde immer wieder abgelehnt.

Stattdessen wird auf **Telemedizin** gesetzt:

- Sie ersetzt keinen Arzt in Präsenz, kann höchstens unterstützend wirken.
- Jeder einzelne Kontakt wird abgerechnet – die Kosten summieren sich ins Unerträgliche.
- **Alein die Bereitstellung der notwendigen technischen Geräte (Mietkosten) ist kaum vermittelbar.**

Dolmetscher werden über Telemedizin bereitgestellt – ebenfalls mit hohen Kosten.



„Seit Jahren werden Unsummen in Notlösungen gesteckt. Für dieses Geld hätten wir längst fest angestellte Ärztinnen und Ärzte im Vollzug.“

Sicherheitsrisiko durch Frust und Aggression

Die Kombination aus Überlastung, schlechter Versorgung und Sprachbarrieren erzeugt eine **aggressive Grundstimmung** in der Anstalt.

- Steigender Frust unter den Gefangenen fördert Gewaltbereitschaft.
- Personal wird im Alltag immer häufiger zur Zielscheibe.
- Jeder unnötige Transport nach außen bedeutet ein Sicherheitsrisiko – für die Bediensteten wie für die Bevölkerung.



„Wenn drei Beamte einen Gefangenen wegen Unwohlseins zur Behandlung “nach draußen” begleiten müssen, fehlen sie gleichzeitig für 400 andere.“

Ministerium und Anstaltsleitung kennen die Probleme – und handeln nicht

Es ist längst kein Geheimnis mehr: Personalnot, ärztliche Engpässe und steigende Belastungen sind seit Jahren bekannt. Festgestellt, dokumentiert, diskutiert. **Doch: Es passiert nichts.**

- Statt Ärztinnen und Ärzte einzustellen, werden Notlösungen teuer bezahlt.
- Statt Personal aufzustocken, wird mit Belastungsgrenzen jongliert.

„Man gewinnt den Eindruck: Die Verantwortlichen schauen dabei zu, wie das System langsam zusammenbricht.“

Positives Signal: Verbeamtung von Krankenpflegekräften

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Idee, Krankenpflegekräfte im Justizvollzug zu verbeamten, endlich aufgegriffen wurde. Sie stammt aus den Reihen unserer Kolleginnen und Kollegen und wurde erstmals in einem vertraulichen Gespräch mit der SPD-Landtagsfraktion eingebracht. Dass diese Initiative nun umgesetzt wird, ist ein Schritt in die richtige Richtung – auch wenn er viel zu spät kommt.

Der Preis der Untätigkeit

Die Folgen sind längst sichtbar:

- **Gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wandern ab** – weil sie außerhalb der Landesverwaltung bessere Bedingungen finden.
- **Überlastete Bedienstete werden krank** – weil sie zu lange ausgehalten haben.
- **Die Sicherheit gerät ins Wanken** – weil Personal fehlt, Gefangene frustriert sind und medizinische Versorgung nicht gewährleistet wird.

„Es ist nur eine Frage der Zeit, bis das System endgültig kollabiert.“

„Aus dem Kreis unserer Mitglieder wird die Lage so beschrieben: ‘Wir stehen mit dem Rücken zur Wand. Viele Kolleginnen und Kollegen wollen eigentlich bleiben – doch unter diesen Bedingungen bleibt nur, das System zu verlassen.’“

Wertschätzung und Finanzierung: Ein Schlag ins Gesicht

Seit Jahren verzichten die Beamtinnen und Beamten im Vollzug auf Weihnachtsgeld. Die einzige Aussicht, die ihnen derzeit präsentiert wird, ist eine mögliche minimale Erhöhung des Bekleidungszuschusses – und diese wirkt auf die Kolleginnen und Kollegen wie ein Schlag ins Gesicht.

Was ist uns ein funktionierendes System eigentlich wert?

Die Botschaft ist fatal:

- Geringschätzung statt Anerkennung.
- Sparen auf Kosten der Sicherheit.
- Und eine Belegschaft, die sich mehr und mehr abwendet.



„So bringt es eine engagierte Kollegin der GdP auf den Punkt: 'Wir verzichten seit Jahren auf Weihnachtsgeld. Die mögliche Aussicht auf ein paar Euro mehr Bekleidungszuschuss ist kein Trost – es ist ein Schlag ins Gesicht.'“

Unser Appell: Handeln – jetzt!

Die JVA ist kein Betrieb hinter Mauern, den man im Alltag ignorieren darf. Sie ist ein hochsensibler Teil unserer Sicherheitsarchitektur. Die Probleme hier sind Probleme der gesamten Gesellschaft.

Wir fordern deshalb:

- **Sofortige Besetzung aller ärztlichen Planstellen** mit marktgerechter Vergütung.
- **Nachhaltige Stärkung der medizinischen Dienste**, inklusive Dolmetscherressourcen.
- **Realistische Personalbemessung** für alle Bereiche.
- **Attraktive Laufbahnperspektiven** auch im allgemeinen Vollzugsdienst.
- **Respekt und Wertschätzung** für Kolleginnen und Kollegen, die seit Jahren am Limit arbeiten.

Schlusspunkt: Das Problem ist lösbar

Mit entschlossenen Grüßen

Ihre Gewerkschaft der Polizei –Regionalgruppe Justizvollzug